



Protokollauszug
18. Sitzung vom 4. Oktober 2023

**225/2023 3.3.2 Postulat von Dominic Schläpfer betreffend "Frühförderung Deutsch und Sprachstands-Erhebung"
Entgegennahme, Prüfung**

1. Postulat

Am 29. August 2023 ist das folgende Postulat von Gemeindeparlamentarier Dominic Schläpfer und 14 Mitunterzeichnenden eingegangen:

"Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, ob und wie mit den bestehenden Ressourcen Eltern rund zwei Jahre vor dem Kindergarteneintritt ihres Kindes über die Wichtigkeit der frühkindlichen Förderung und den Spracherwerb, insbesondere der deutschen Sprache, informiert werden können.

Gleichzeitig soll eine Informationsveranstaltung über unterstützende Institutionen plus eine freiwillige Sprachstands- Erhebung (Schweizerdeutsch und/ oder Hochdeutsch) angeboten sowie aufgezeigt werden, wie das Verständnis für die Thematik und die Sprachkenntnisse der Eltern in deutscher Sprache deutlich gestärkt werden können. Zudem wird der Stadtrat gebeten zu prüfen, ob Eltern verpflichtet werden sollen bzw. können, für einen später allfällig angezeigten DaZ (Deutsch als Zweitsprache)-Unterricht bezahlen zu müssen. Dies, wenn sie selbst ihre obligatorische Schulzeit zumindest grossmehrmehrheitlich im deutschsprachigen Raum absolviert haben.

Begründung

Nebst dem Mutterspracherwerb ist die frühkindliche Fertigkeit im Umgang mit der deutschen Sprache ein zentraler Faktor für spätere schulische Integration und Erfolg.

Es zeigt sich, dass trotz vielfältiger Angebote (Spielgruppen mit speziellem Deutsch-Fokus etc.) immer noch ein grosser Anteil der eintretenden Kindergartenkinder über keine bzw. rudimentärste (Schweizer-) Deutschkenntnisse verfügen.

Die Stadt Dietikon betreibt in Zusammenarbeit mit der Uni Basel hierzu ein bewährtes Förder- Programm (siehe Artikel in der «Limmattaler Zeitung» vom 27.6.23). Die Rücklaufquoten auf Elternschreiben sind erfreulich hoch. Die Dietiker Stellenleiterin zeigte sich auf telefonische Anfrage hin grundsätzlich offen für einen entsprechenden Vorgehens- und Wissenstransfer. Eine entsprechende Kooperation bspw. mit den in der Abteilung «Präsidiales» angesiedelten Fachstellen «Integration» resp. «Kultur» scheint daher eine vielversprechende Option unter anderen zu sein."

2. Erwägungen

Dem Stadtrat sind die frühkindliche Förderung sowie der Spracherwerb ein wichtiges Anliegen. Aus diesem Grund wurde im Regierungsprogramm 2022–2026 unter dem Schwerpunkt "Gesellschaftliche Entwicklung", im Handlungsfeld "Chancengleichheit fördern" explizit festgehalten, dass "Frühförderungsmassnahmen" aufzubauen sind.

Es ist deshalb, gestützt auf diese Zielsetzung, bereits geplant, eine Strategie "Frühe Kindheit" zu erarbeiten. Diese Strategie und die dazugehörigen Massnahmen werden die Anliegen des Postulats aufnehmen und Lösungen aufzeigen. Die Erarbeitung der Strategie und die dazu notwendigen Ressourcen wurden für 2024 geplant. Die Mittel für die Begleitung durch entsprechende Fachpersonen sind im Budget 2024 enthalten.

Es wird jedoch nicht möglich sein, diese Strategie innerhalb der in einem Postulat vorgegebenen Frist von vier Monaten seriös zu erarbeiten. Es scheint deshalb aus Sicht des Stadtrats nicht zielführend, das vorliegende Postulat zu überweisen, da bereits heute absehbar ist, dass die Frist zur Beantwortung nicht eingehalten werden kann und damit unnötiger administrativer Aufwand für die Erstellung von Verzögerungsschreiben generiert wird.

In Bezug auf das im Postulat erwähnte Anliegen, wonach geprüft werden soll, "*ob Eltern verpflichtet werden sollen bzw. können, für einen später allfällig angezeigten DaZ (Deutsch als Zweitsprache)-Unterricht bezahlen zu müssen*" ist die Antwort bereits heute klar. Das Bundesgericht hat dazu im Juli 2023 entschieden (Urteil vom 31. Juli 2023, 2C 402/2022), dass die Kostenbeteiligung der Erziehungsberechtigten nicht zulässig ist.

Der Stadtrat beschliesst:

1. Das Postulat von Dominic Schläpfer und 14 Mitunterzeichnenden betreffend "Frühförderung Deutsch und Sprachstands-Erhebung" wird nicht entgegengenommen.
2. Als Referent des Stadtrats beim Gemeindeparlament wird Markus Bärtschiger, Ressortvorsteher Präsidiales, bestimmt.
3. Für den Fall der Überweisung wird die Abteilung Präsidiales, Bereich Gesellschaft, beauftragt, die notwendigen Abklärungen zu tätigen und dem Stadtrat Bericht und Antrag zu unterbreiten.
4. Mitteilung an
 - Postulant
 - Gemeindeparlament
 - Geschäftsleiter
 - Bereichsleiterin Gesellschaft / Integrationsbeauftragte
 - Archiv

Status: öffentlich

Stadtrat Schlieren

Markus Bärtschiger
Stadtpäsident

Janine Bron
Stadtschreiberin